

Ärger um Gestank nimmt kein Ende

Anlieger protestieren vor dem Rathaus gegen die Klärschlamm-trocknungsanlage. Sie möchten, dass sich eine Firma des Problems annimmt. Die Politik will nun eine Einschätzung der Bezirksregierung.

Nadine Uphoff

Augustdorf. Sie haben Angst um ihre Gesundheit: Etwa 50 Anlieger des Fischviertels sind am Donnerstagabend vor das Augustdorfer Rathaus gezogen, um gegen den Gestank und Lärm zu protestieren, der von der solaren Klärschlamm-trocknungsanlage ausgeht. Die Bürger müssen mittlerweile den dritten Sommer in Folge einen mehr als unangenehmen Geruch ertragen. Dadurch können sie ihre Fenster nicht mehr zum Lüften öffnen und Aufenthalte im Garten werden auf ein Minimum reduziert, heißt es in einem Bürgerantrag. Sie fordern daher, die aktuellen Emissionen zeitnah abzustellen. 141 Augustdorfer haben das Schreiben unterzeichnet. Es war Thema im Haupt- und Finanzausschuss, an dem viele Anlieger teilnahmen.

Armin Zimmermann, Leiter der Gemeindewerke Augustdorf, führte in der Sitzung aus, was aktuell unternommen wird, um das Problem des Gestanks zu beseitigen. Er sagte: „Wir stochern nicht im Dunkeln, sondern



sind dabei, die Anlage zu optimieren.“ In der ersten Augustwoche sei, unter Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen, trockener Klärschlamm in der 2017 errichteten solaren Klärschlamm-trocknungsanlage repariert worden. Der Schlamm wurde mit einem Radlader ins erste Drittel der Halle gebracht.

Seit Mitte Juli werde über Sprühdüsen vor den Abluftkaminen ein Nebel erzeugt, der den Staub binden und Geruch minimieren soll. „Die Geruchsausstritte sind deutlich reduziert, aber nicht beendet worden“, sagte Zimmermann. Daher seien dem Sprühnebel seit Ende Juli anionische Tenside – Zimmermann sprach von einem „Waschmittel“ – zugegeben worden. Das Ergebnis war dasselbe.

Nun habe es Versuche gegeben, dem Nebel Mehrfachzucker zuzuführen. „Das war erfolgreich. Wir sind uns sicher, dass der Versuch zielführend sein wird“, resümierte der Ge-

Thomas Feige (vorne mit Hut) protestiert zusammen mit weiteren Anliegern, die in der Nähe der Kläranlage wohnen, gegen den Gestank.

FOTO: NADINE UPHOFF

meindewerke-Leiter. Jetzt sei es an der Zeit, die Sprühlanzen in den Kaminen zu installieren. „Wir sind zuversichtlich, dass wir das bis Ende Oktober hinbekommen“, sagte Zimmermann auf Nachfrage. Bis dahin werde noch die benötigte Konzentration der Mehrfachzucker getestet.

Dass alle Verfahrensänderungen so lange dauern würden, hänge damit zusammen, dass sie jedes Mal von der Bezirksregierung geprüft und zugelassen, die notwendigen technischen Komponenten beschafft und Fachfirmen engagiert werden müssen, die die Installation übernehmen.

Gleichzeitig mit den Sprühlanzen sollen auf Anordnung der Bezirksregierung, die die Anlage genehmigt hat, auch Messstutzen in die Kamine gebaut werden, um die dortige Luftkonzentration zu messen. Die Messung werde dann durch ein Gutachterbüro

durchgeführt. Im Nachgang werde es weitere Messungen im Bereich der Wohnbebauung geben.

Bezüglich des Lärms verwies Zimmermann jedoch auf ein Gutachten von November 2019. Demnach würden die

Sitzung stand auf der Kippe

Nicht alle Demonstranten vor dem Rathaus hätten einen Platz im Sitzungssaal bekommen können. Bürgermeister Dr. Andreas Wulf sagte zu Beginn der Haupt- und Finanzausschusssitzung am Donnerstagabend, dass er mit der hohen Besucherzahl nicht gerechnet habe.

Heinrich Georg Schneider (SDP) widersprach Wulf: „Ich habe Sie vor zwei Wochen auf die Situation aufmerksam gemacht und bin verärgert, dass offenbar

Grenzwerte eingehalten werden. Wegen einer Anwohnerklage (die LZ berichtete) fanden außerdem am 12. August Lärmmessungen beim Kläger statt. Das Ergebnis dazu liege noch nicht vor.

Bürgermeister Dr. Andreas

nichts passiert ist.“ Es müsse jedem interessierten Bürger möglich sein an der Sitzung teilzunehmen, sonst könne der Ausschuss seiner Meinung nach nicht stattfinden. Wulf entgegnete, dass man sich damit beschäftigt habe, die Sitzung an einen anderen Ort zu verlegen. Jedoch hätte er den Demonstranten kurz vor der Sitzung mitgeteilt, dass es noch zwei freie Plätze gebe, mehr hätten jedoch nicht an der Sitzung teilnehmen wollen. (nu)

Wulfsagte: „Ich glaube, ich spreche für alle Politiker, wenn ich sage, dass wir Sie von den Emissionen befreien wollen. Es war auch nicht geplant, dass es so lange dauern wird.“ Heinrich Georg Schneider (SPD) unterstrich das: „Das Ganze ist uns allen unangenehm, wir haben uns damals auf die Fachleute verlassen.“ Er schlug vor, dass jemand von der Bezirksregierung in der nächsten Ratssitzung am Donnerstag, 3. September, eine Einschätzung zur Klärschlamm-trocknungsanlage abgeben soll. Dem stimmten alle Ausschussmitglieder zu.

Für Anlieger Thomas Feige, der die Sitzung verfolgte und die Versammlung vor dem Rathaus mitinitiiert hat, ist das Ergebnis trotzdem unbefriedigend. Für sein Empfinden sei zu oft das Wort „Versuch“ gefallen. „Es ist jetzt mal an der Zeit, die Anlage stillzulegen, bis eine Fachfirma das Problem gelöst hat“, meint Feige. Er ma-

che sich Sorgen um seine Gesundheit und die der anderen Anlieger, die teilweise nur 60 Meter entfernt wohnen. „Da wird völlig unkontrolliert Staub in die Luft geblasen und wir sitzen in unseren Gärten. Mir ist völlig unverständlich, wie so etwas genehmigt werden konnte“, ärgert er sich. Es rieche „bestialisch“ nach Fäkalien und sei unerträglich. Jemanden nach Hause einzuladen sei daher unmöglich.

Angesprochen auf den CDU-Antrag, die Anlage stillzulegen, sollte das Geruchsproblem bis zum Jahresende nicht gelöst worden sein (die LZ berichtete), meint Feige: „Wir wollen sie nicht stilllegen, wir wollen, dass sie funktioniert.“ Sonst würden die Abwasserkosten sicherlich teurer werden.

Sie erreichen die Autorin per Mail an nuphoff@lz.de oder unter Tel. (05231) 911-148.